



PM Nr. 12/2010

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Oberallgäu
Kreisvorstand

www.gruene-oa.de

20.10.2010

Pressemitteilung

Sparhaushalte in Bund und Land – Zahlen die Kommunen die Zeche?

Diskussionsveranstaltung mit Thomas Mütze, MdL

Niedersonthofen | pm | Was immer in Berlin und München an neuen Gesetzen und Sparprogrammen beschlossen wird – viele Folgen bekommen die Kommunen und damit jeder einzelne Bürger unmittelbar zu spüren. Auch wenn es derzeit konjunkturell wieder aufwärts geht – nicht zuletzt als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise sind bei Bund und Land einschneidende Kürzungen angesagt. Schon heute müssen manche der teilweise hoch verschuldeten Gemeinden Büchereien, Bäder oder Museen schließen oder es ist kein Geld für Renovierungen und Instandhaltungen von Infrastruktureinrichtungen vorhanden. Wie weit hier die Kommunen die Zeche für die Sparbeschlüsse bei Bund und Land zahlen müssen, beleuchtete der Haushaltsexperte und Fraktionschef der GRÜNEN im Bayerischen Landtag, Thomas Mütze, auf einer Veranstaltung in Niedersonthofen.

Angesichts der vielen ungelösten Probleme seien die Jahre unter Schwarz-Gelb im Bund und in Bayern „verlorene Jahre und eine Enttäuschung“, so Mütze, der „die Planlosigkeit des Herrn Seehofer“ kritisierte. „Schwarz-Gelb ist auch nicht gut für die Kommunen“, kam Mütze – nach seiner generellen Kritik in Sachen Atompolitik, Integrationsdebatte und sozialer Ungerechtigkeit – zum eigentlichen Thema des Abends, der Haushaltspolitik. Der Bund lasse die Gemeinden im Stich, wenn es um die Finanzierung sozialer Leistungen gehe, so zum Beispiel bei den Unterkunftskosten von Hartz IV-Empfängern, den Jugendhilfekosten und dem Ausbau von Kita-Plätzen. „Wer bestellt, der muss auch bezahlen“, sprach er sich für eine aufgabengerechte Finanzausstattung aus. Es gelte, die Handlungsspielräume der Kommunen zu stärken, da diese oft massiv an Unterfinanzierung litten. Derzeit gebe es keine bessere Einnahmequelle für die Gemeinden als die Gewerbesteuer, sprach Mütze sich gegen die von Union und FDP diskutierte Abschaffung aus. Da die Gewerbesteuer stark konjunkturabhängig sei, gelte es, diese auf eine breitere Basis zu stellen, etwa indem man die selbständigen Berufe mit einbeziehe.

Die GRÜNEN sind in der jetzigen Situation klar gegen weitere Steuersenkungen, machte der Fraktionschef deutlich. Angesichts der beschlossenen Schuldenbremse müsse schon jetzt angefangen werden, an ausgeglichenen Haushalten zu arbeiten. „GRÜNE gehen anders an den Haushalt ran und wollen die Akzeptanz, verantwortlich

mit Geld umgehen zu können“, konnte sich Mütze einen Seitenhieb auf die Milliardenverluste der Landesbank und die Löcher im Landeshaushalt nicht verkneifen. „Sparen ja – aber gerecht und ökologisch“, sieht er Einsparmöglichkeiten beim Abbau von umweltschädlichen Subventionen und in manchen Personalbereichen. Nicht gespart werden dürfe bei der Bildung und dem Ausbau regenerativer Energien. Bei Großprojekten, die regelmäßig zu Kostensteigerungen führten, gelte es, stärker den Bürgerwillen zu berücksichtigen.

Die Kommunen würden „im Regen stehen gelassen“, meldete sich Immenstadts Bürgermeister Armin Schaupp zu Wort und plädierte dafür, „die Finanzierung der Kommunen grundlegend auf andere Beine zu stellen“. Für die Pflichtaufgaben sei eine gesicherte Finanzierung notwendig. Auch wenn er Investitionen in die Bildung grundsätzlich für wichtig hält – viele Gemeinden hätten einfach nicht die Finanzkraft, für die geforderten Einrichtungen aufzukommen. MdL Adi Sprinkart wünscht sich hier von den kommunalen Spitzenverbänden mehr Widerstand gegen die Regierungspläne. Als Beispiel nannte er die Einführung der so genannten Mittelschulen. Walter Molt mahnte an, „zu lernen, dass die Probleme zukünftig auch ohne Wirtschaftswachstum gelöst werden müssen“.

Heinrich Bonert